



Servicestelle Gewaltschutz





Nach Auslaufen des Förderprogramms „Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) zum 31.12.2018 ist die Stiftung SPI mit der Prozessbegleitung der Bundesinitiative beauftragt. Im Rahmen dessen begleitet die Servicestelle das Anschlussprojekt „Dezentrale Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften“ (DeBUG) der Wohlfahrtverbände Paritätischer Gesamtverband, Caritas, Diakonie und DRK. Das Projekt, das durch das BMFSFJ gefördert wird, verfolgt das Ziel, Betreiber- und Trägerorganisationen von Flüchtlingsunterkünften sowie kommunale und Landesbehörden bei der Verbesserung des Gewaltschutzes zu unterstützen. Hierfür kommen sieben Multiplikatoren und Multiplikatorinnen für Gewaltschutz zum Einsatz.

Des Weiteren unterstützt die Servicestelle Gewaltschutz bei Schulungen zur Umsetzung der „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ auf Grundlage eines von UNICEF entwickelten Schulungskonzeptes. Ziel der Schulungen ist es, in Kooperation mit Landesministerien und nachgeordneten Behörden Leitungspersonen und andere Schlüsselpersonen von Aufnahmeeinrichtungen bei der Umsetzung und Weiterentwicklung des Gewaltschutzes zu unterstützen.

Zudem begleitet die Servicestelle Gewaltschutz die weiteren Aktivitäten des BMFSFJ in der Bundesinitiative. Dazu gehört die Organisation jährlicher Netzwerktreffen sowie anderer Fachveranstaltungen, die Pflege und Redaktion der [Webseite der Bundesinitiative](#) und die Vernetzung der deutschlandweit tätigen Akteure im Themenfeld der Bundesinitiative.

Die Bundesinitiative ist ein Zusammenschluss von einschlägigen Organisationen im Themenfeld Flucht und Migration unter Federführung des BMFSFJ und versteht sich als Plattform für den fachpolitischen Austausch.

Kontakt, Öffnungszeiten und Anfahrt

Stiftung SPI

Servicestelle Gewaltschutz-GU

Seestraße 67

13347 Berlin

Ansprechperson: Christoph Schwamborn, Franziska Queck, Bianka Schwallmann

Telefon: 030 390634760

Fax: 030 39063480

E-Mail: [servicestelle\(at\)gewaltschutz-gu.de](mailto:servicestelle(at)gewaltschutz-gu.de)

Website: www.gewaltschutz-gu.de

Verkehrsverbindung

U6 Seestraße; Tram 50, Tram M13 Osram-Höfe

Fahrinfo unter www.vbb.de



Ziele und Schwerpunkte

Bundesinitiative „Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“

Im Jahr 2016 haben das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) das Bundesprogramm „Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ mit dem Ziel ins Leben gerufen, einheitliche Standards in Flüchtlingsunterkünften zu etablieren. Seit Januar 2019 werden die Tätigkeitsschwerpunkte im Rahmen der Bundesinitiative „Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ fortgeführt und lanciert.

Als fachpolitisches Netzwerk von staatlichen Stellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, der Frauenhauskoordinierung e.V., der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer, dem Bundesweiten Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V., der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention, dem Deutschen Institut für Menschenrechte oder auch Save the Children und Plan International sowie den Wohlfahrtsverbänden unter Federführung des BMFSFJ verfolgt die Bundesinitiative vier Tätigkeitsschwerpunkte im Themenfeld:

- Mindeststandards in Flüchtlingsunterkünften verbindlich machen,
- Netzwerkstrukturen ausbauen und vertiefen,
- Fachliche Expertise bündeln und Wissenstransfer fördern,
- Datenlage zur Umsetzung der Mindeststandards verbessern.

Begleitung des Projekts „Dezentrale Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften“ (DeBUG)

Das Projekt „Dezentrale Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften“ (DeBUG) ist ein trägeroffenes Angebot und verfolgt das Ziel, Flüchtlingsunterkünfte sowie Betreiber- und Trägerorganisationen bei der Verbesserung des Gewaltschutzes zu unterstützen. Hierfür werden Multiplikatoren und Multiplikatorinnen für Gewaltschutz auf Landesebene eingesetzt. Die Multiplikatoren und Multiplikatorinnen unterstützen Flüchtlingsunterkünfte in ihrem jeweiligen Einzugsgebiet beim Aufbau und der Umsetzung von Strukturen für Gewaltschutz. Das Projekt DeBUG versteht sich als unmittelbares Anschlussprojekt des Bundesprogramms Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften.

Zur Umsetzung des Projektes haben die beteiligten Wohlfahrtsverbände deutschlandweit an sieben Standorten Stellen eingerichtet, die interessierten Betreiber- und Trägerorganisationen sowie kommunalen und Landesbehörden als Ansprechpersonen für Fragen des Gewaltschutzes dienen.

Neben der Beratung fördern die Multiplikatoren und Multiplikatorinnen den Ausbau von lokalen und regionalen Netzwerk- und Kooperationsstrukturen, organisieren Sensibilisierungsmaßnahmen und



führen Fachveranstaltungen durch.

Schulungen zu den „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“

Die Schulungen zur Umsetzung der „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ auf Grundlage eines von UNICEF entwickelten Schulungskonzeptes richten sich an Leitungspersonen und andere Schlüsselpersonen von Landeserstaufnahmeeinrichtungen und verfolgen das Ziel, die Entwicklung und Umsetzung von einrichtungsspezifischen Schutzkonzepten zu unterstützen.

Struktur

Gefördert durch
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Status: aktuell
Zeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2024